

„Rückkehr in Sicherheit und Würde“?

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg protestiert gegen die bevorstehende Abschiebung einer mittellosen und kranken Ashkalifamilie

Eine Rückkehr in Sicherheit und Würde war den Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien von internationaler wie von deutscher Seite zugesichert worden. Was sich während der letzten zwei, drei Jahre in Baden-Württemberg abspielt, spricht diesem Versprechen Hohn. Vor keiner Unmenschlichkeit schrecken die Behörden zurück, um Flüchtlinge loszuwerden: Familien werden auseinander gerissen, Traumatisierte, denen im Herkunftsland Retraumatisierung droht, werden rücksichtslos abgeschoben, Psychiatrie-Patienten werden aus der Klinik abgeholt, Menschen mit schwerer Diabetes oder Herzleiden werden zurückgebracht, ohne zu fragen, ob die Betroffenen im Herkunftsland eine Behandlung erhalten oder bezahlen können. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg kann dies mit einer Vielzahl von konkreten Fällen belegen.

Ein solcher konkreter Fall ist auch Familie Krusha, die der Minderheit der Ashkali angehört. Sie soll am 12.12. abgeschoben werden. Seit 15 Jahren leben Gani und Hasime Krusha in Pforzheim. Ihre beiden Kinder sind 14 und 15 Jahre alt und beide hier geboren. Sie kennen die Heimat ihrer Eltern nicht und fühlen sich ganz als Deutsche. Im Kosovo haben sie keine Chance für eine weitere Schul- oder Berufsausbildung. Aber nicht nur dieser Umstand lässt eine Abschiebung unmenschlich erscheinen. Es kommt hinzu, dass beide Eltern unter schweren Krankheiten leiden, die im Kosovo nicht behandelt werden können, da die Familie völlig mittellos ist: Gani Krusha leidet unter posttraumatischen Belastungsstörungen, Depressionen mit Suizidalität, Diabetes und Bluthochdruck, Hasime Krusha unter starken Rücken- und Bein-schmerzen wegen Bandscheibenvorfällen - sie hatte deshalb zwei Operationen - sowie unter Herzschwäche und Depressionen. Unsere Gesetze sehen in solchen Fällen durchaus einen Abschiebeschutz vor. Es ist völlig unverständlich, dass er Familie Krusha bisher vorenthalten wurde. Offenbar aber kein Einzelfall: Die Landesärztekammer hat erst kürzlich den Umgang der Behörden mit kranken und traumatisierten Flüchtlingen und die Missachtung ärztlicher Gutachten scharf kritisiert.

Die Behörden werfen der Familie vor, dass sie vor einem Jahr bereits einmal abgeschoben wurde und widerrechtlich zurückgekommen sei. Welche Verzweiflung muss sie getrieben haben, einen solchen Schritt zu tun! Tatsächlich hatte die Familie in ihrer Heimatstadt Gjakova oder anderswo im Kosovo kein Dach über dem Kopf und wüsste auch jetzt nicht, wo sie wohnen sollte. Ein Haus, das einem Bruder von Herrn Krusha gehört, ist von anderen Familien belegt, die sich weigern auszuziehen, da sie dann ihrerseits obdachlos würden. Der Beauftragte für Minderheiten (Roma, Ashkali, Ägypter) in der Stadtverwaltung von Gjakova beklagt, dass die UNMIK die Abschiebung von Minderheitenfamilien zulässt, die weder über Wohnraum noch Existenzmöglichkeiten verfügen.

„Eine Abschiebung unter den gegebenen Umständen ist absolut unverantwortlich und durch nichts zu rechtfertigen“, mahnt Angelika von Loeper, erste Vorsitzende des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg. Sie appelliert an die UNMIK, diese Abschiebung nicht zuzulassen. Von der Ausländerbehörde fordert der Flüchtlingsrat einen krankheitsbedingten inlandsbezogenen Abschiebeschutz für die Familie.

An alle beteiligten Behörden ergeht die Aufforderung, solch inhumane Vollzugspraktiken umgehend zu beenden.

gez. Ulrike Duchrow
Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Rückfragen gerne an:
Flüchtlingsrat Baden-Württemberg
Geschäftsstelle
Tel. 0711/5532834
E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de



FLÜCHTLINGSRAT
BADEN-WÜRTTEMBERG

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e. V.
Gemeinnützig anerkannt

vormals
Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg

Geschäftsstelle:
70182 Stuttgart
Urbanstr. 44
Fon: 0711-55 32 834
Fax: 0711-55 32 835
E-Mail:
info@fluechtlingsrat-bw.de
Internet:
www.fluechtlingsrat-bw.de

Spendenkonto:
BW-Bank
Kto. Nr. 3517930
BLZ 600 501 01

Registergericht
Stuttgart VR 4666



Gefördert durch die Europäische Union